

nach Konsens besteht, haben Sie in den letzten Jahren, seit wir damit begonnen haben, die Haushaltskürzungen mit der vierten Frauenhausstelle rückgängig zu machen, seit wir angefangen haben, die Infrastruktur zu stabilisieren, nicht ein einziges Mal dem Haushalt, diesem Einzelplan zugestimmt. Ich finde es schon fatal, zu sagen: Wir sind zwar einer Meinung, aber Geld für das, was Sie alles machen und umsetzen, sind wir als CDU-Fraktion nicht bereit auszugeben. – Das ist eine nicht klare und nicht deutliche Position. Dann müssten Sie wenigstens diesem Einzelplan zustimmen.

Zu den anderen Schwerpunkten ist schon viel gesagt worden. Neben dem Gewaltschutz sind das die digitale Gesellschaft und gerade die Frage von Gewalt im Netz und von Strategien zum Onlinefeminismus, wie wir diese Bereiche miteinander vernetzen. Das ist wichtig. Wir müssen gerade hier unsere Strukturen vor Ort stärken und auch Schutz- und Hilfesysteme mit Onlineberatung qualifizieren. Das ist die Aufgabe des Kompetenzzentrums Frau und Beruf, wo wir gerade Unterstützung auch von kleinen und mittleren Unternehmen in frauenfördernder Personalpolitik brauchen, als weiterer Schwerpunkt.

Der Bereich der geschlechterbezogenen Gesundheitspolitik ist auch ein wichtiger Bereich, in dem wir uns nicht erst, Frau Schneider, durch Ihre Initiativen, sondern schon vorher, als das noch in der Gesundheitsabteilung verankert war, mit der Gesundheitspolitik für Jungen und mit der Jungengesundheit beschäftigen.

Gewaltschutz: CDU und FDP haben das eben mehrfach angesprochen. Gewalt ist auch ein Thema von Männern. Deswegen haben wir mit unserem EFRE-Projekt versucht, auch Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Männer zu erfassen. Aber die Strukturen, die Männer brauchen, werden andere sein und gerade welche, die nicht unbedingt in einem Frauenetat und in einem Frauenbereich verankert werden müssen.

Letzter Punkt: Homo- und Transphobie. Wir haben unseren Aktionsplan. Ich bin nach wie vor all den Akteuren im Land sehr dankbar dafür, dass sie den mit uns erarbeitet haben und unterstützt haben. Wir werden einen Schwerpunkt auch auf die Gruppe der Trans- und Intersexuellen legen müssen, weil sie im System noch mehr diskriminiert sind als alle anderen. Aber das heißt nicht, dass die anderen Bereiche hinten runterfallen. Wir werden das Maßnahmenpaket weiter umsetzen. Dieser Haushalt gibt uns dazu die Möglichkeit. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur **Abstimmung** erstens über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in **Drucksache 16/13515**, den **Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Fraktionslose Abgeordnete haben den Raum nicht betreten. Damit ist der Einzelplan 15 **in der zweiten Lesung angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den **Antrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/13523** ab. Die antragstellende Piratenfraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Antrag mit der breiten Mehrheit des Hohen Hauses bei Zustimmung der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich für das Protokoll das Ergebnis der vorhin durchgeführten Abstimmung über den Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – noch mal deklaratorisch feststellen.

Der **Einzelplan 10** wurde entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 16/13510** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und des fraktionslosen Abgeordneten Schwerd bei Enthaltung der Piratenfraktion **in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses in zweiter Lesung angenommen**. – Das zu Protokoll.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 02  
Ministerpräsidentin und Staatskanzlei (Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, Landesplanung, Europa und Eine Welt, Medien)**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/13502

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Jostmeier das Wort.

**Werner Jostmeier (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir behandeln nun den Einzelplan 02, den Haushaltsplan der Staatskanzlei der Landesregierung. Wodurch zeichnet sich dieser Einzelplan 02 und der Haushalt der Landesregierung in diesem

Jahr und seit Jahren aus? – Die Landesregierung weitet das Stellensoll massiv aus. Es findet keine Aufgabenkritik statt. Probleme werden mit kw-Vermerken auf die Zukunft verschoben, deren Realisierung bereits heute der Lebenswirklichkeit nicht mehr entspricht.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung vor knapp sieben Jahren

(Zuruf von Markus Töns [SPD])

hat die rot-grüne Landesregierung – Herr Kollege Töns, lieber Markus, jetzt hör' gut zu! –

(Markus Töns [SPD]: Ich höre gut zu!)

in ihren Ministerien 1.255 neue Stellen geschaffen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört! – Zuruf: Bravo!)

Ich kann unserem finanzpolitischen Sprecher Marcus Optendrenk nur zustimmen, wenn er dazu bemerkte: Noch nie – das Land ist in diesem Jahr 70 Jahre alt geworden – hat sich eine Landesregierung so deutlich mit Personal ausgestattet wie das Kabinett von Ministerpräsidentin Kraft.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Selbst der Bund der Steuerzahler kritisiert den Stellenplan als intransparent.

(Michael Hübner [SPD]: Selbst der Steuerzahler!)

Ein Kommentator hat in der „Rheinischen Post“ vom 24. November 2016, also vor wenigen Tagen, gesagt:

Die Steuererklärung, die wir alle abgeben müssen, ist nach wie vor so kompliziert wie vor Jahren. Die Straßen werden auch nicht besser. Die Schulen sind genauso schlecht wie seit Jahren. Und das Leben in Nordrhein-Westfalen ist auch keinen Deut sicherer geworden – im Gegenteil.

Der Kommentator fährt fort – wörtliches Zitat –: „Wo genau haben die neuen Hundertschaften in den Ministerien also den Alltag der Bürger in NRW verbessert?“ – Diese Frage stellt die „Rheinische Post“ zu Recht.

Meine Damen und Herren, klar geworden ist auch,

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

dass Rot-Grün eine echte Schuldenbremse – das hat sich in der Verfassungskommission nachhaltig erwiesen – nicht will. Das traurige Ergebnis dieser Schuldenpolitik kennen wir. Nordrhein-Westfalen ist das Schuldenland schlechthin. Wir haben in der Summe – nur auf der Ebene des Landes – 144 Milliarden €

Schulden, und hierfür zahlt der nordrhein-westfälische Steuerzahler täglich mindestens 7,5 Millionen € Zinsen.

(Michael Hübner [SPD]: So wenig wie nie zuvor!)

Rot-Grün lebt auf Kosten unserer Kinder und der nächsten Generation. Und die Landesregierung lässt unsere Kinder mit Schulden, Zinsen und Lasten von morgen im Stich.

(Zurufe von der SPD)

Daher kann niemand erwarten, dass wir dem Einzelplan 02 unsere Zustimmung geben, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass der Einzelplan 01 nicht zur Debatte steht; dem auch wir im Hauptausschuss zugestimmt haben. Aber ich möchte bei den Haushaltsberatungen doch Folgendes hinzuzufügen: Wir finden es gut und stimmen dem auch zu, das Haus der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen und die Route der Demokratie mit 30.000 € zusätzlich auszustatten. Wir danken unserem Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg für sein Engagement bei diesem Projekt.

(Beifall von der CDU)

Danken möchte ich auch den Damen und Herren des Sitzungsdokumentarischen Dienstes. Wir haben in der derzeitigen Wahlperiode 237 Parlamentarier – so viele wie nie zuvor.

(Michael Hübner [SPD]: Auch das stimmt nicht!)

Und es haben so viele Fachausschüsse wie nie zuvor getagt; eine Vielzahl von Sitzungen, Anhörungen, Untersuchungsausschüssen, Enquetekommissionen hat stattgefunden. Der Sitzungsdokumentarischen Dienst hatte und hat Höchstleistungen zu erbringen.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Wir hoffen, dass es in der nächsten Wahlperiode zu der Entlastung kommt, die bei diesem Haushalt noch nicht vorgesehen ist. – Meine Partei, die CDU, bedankt sich auf jeden Fall bei dem Sitzungsdokumentarischen Dienst für das, was Sie getan haben und tun, sehr herzlich.

(Beifall von der CDU – Martin Börschel [SPD]: Da hat er recht! Wo er recht hat, hat er recht!)

Einen Punkt habe ich noch: die Landeszentrale für politische Bildung, Teilaspekt des Einzelplans 07. Wir haben diesem Haushalt im Hauptausschuss zugestimmt. Ich verbinde diese Zustimmung, die ich hier noch einmal verkünde, mit einem herzlichen Dankeschön für das, was die Landeszentrale für politische Bildung seit 70 Jahren im Land Nordrhein-

Westfalen in einem sehr schwierigen Umfeld an guter und schwieriger Arbeit zu vollziehen hat und durchführt.

Ich füge aber auch hinzu, dass unserer Ansicht nach die Gelder nach § 96 Bundesvertriebenengesetz in diesem Haushalt zu knapp sind. Im Vergleich zu anderen Bundesländern tut das Land Nordrhein-Westfalen – gerechnet pro 100.000 Einwohner der Bevölkerung – hier sehr wenig. Wir haben nur deshalb keinen Änderungsantrag gestellt, weil sich die Richtlinien nach § 96 Bundesvertriebenengesetz zurzeit in der Abstimmung befinden und neu gefasst werden.

Wir begrüßen auch, dass es für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 70.000 € mehr geben soll; denn der Volksbund hat mit der Erfüllung seiner Aufgabe auch in der historisch-politischen Bildung große Arbeit geleistet und leistet sie noch.

Meine Damen und Herren, aus all den genannten Gründen lehnen wir den Einzelplan 02 der Ministerpräsidentin und Staatskanzlei ab. Diese Landesregierung ist konzeptionslos und erfolglos. Die Auswirkungen sind schlecht für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen in diesem Land unfair und nicht gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Jostmeier. – Jetzt wollen wir hören, wie die SPD-Fraktion das sieht. Dafür ist jetzt Frau Müller-Witt am Mikrofon. Sie haben das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Danke. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich im Gegensatz zu meinem Vorredner auf den Einzelplan 02 beschränken – und da auf den Bereich, für den der Hauptausschuss zuständig ist.

(Beifall von der SPD)

Die vorliegende Planung für den Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei im Einzelplan 02 zeichnet sich erneut durch ihre konstante und gleichbleibende Ausgabenhöhe aus. Das ist ein Merkmal, welches zum Ausdruck bringt, dass die Bewertung „gute Haushaltsführung“ auch für 2017 zutrifft. Veranstaltungen wie der NRW-Tag sowie das Sommer- und Adventskonzert finden bekannterweise im zweijährigen Rhythmus statt, sodass im kommenden Jahr im Haushalt lediglich Ausgaben für das Sommerkonzert und die im Vorlauf entstehenden Kosten für den NRW-Tag 2018 veranschlagt wurden.

Welche Wirkung aber solche Veranstaltungen für das Selbstbewusstsein der Bevölkerung unseres Landes haben, konnte man gerade in diesem Jahr beim NRW-Fest hier in Düsseldorf feststellen. Bei allen Veranstaltungen und Ausstellungen im Rahmen

des NRW-Festes war zu hören, dass es wichtig ist, dass unser Bundesland sich selbst feiert und dass die Menschen gerne stolz auf ihr Land sind.

Die Menschen wollen nicht, dass ihr Land schlechtgeredet wird. Insbesondere die Bürger im Ruhrgebiet sind zu Recht stolz auf ihre Heimat. Vergleiche mit dem sogenannten „rust belt“ der USA empfinden sie richtigerweise als Missachtung der Leistung der Menschen an der Ruhr bzw. als Beleidigung.

(Beifall von der SPD)

Deshalb wollen die Bürgerinnen und Bürger mit dem NRW-Fest auch ihren Beitrag zur Bewältigung der ohne Zweifel immer wieder neuen Herausforderungen feiern. Sie haben die Herausforderungen eines stetig im Wandel begriffenen Landes immer bewältigt und werden dies auch in Zukunft tun. Der Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei sind vom Ergebnis her mit der eben beschriebenen Ausnahme aufgrund des Zwei-Jahre-Rhythmus des NRW-Festes nahezu konstant geblieben.

Ich möchte mich abschließend noch auf ein bestimmtes Thema konzentrieren, und zwar auf die KlimaExpo NRW, die ebenfalls aus dem Einzelplan 02 finanziert wird. Mit der KlimaExpo wird unsere Landesregierung der Verantwortung gerecht, die wir als das Bundesland der großen Energiekonzerne, als das größte stromerzeugende Bundesland und als das Bundesland haben, welches vor den größten Herausforderungen bei der Reduzierung von CO<sub>2</sub> steht.

Die KlimaExpo verdeutlicht nun seit mehreren Jahren anschaulich, wie NRW diesen Herausforderungen begegnet – und das auf vielfältige, unterschiedliche Art und Weise. Damit ist die KlimaExpo Schaulaufen und Impulssetzer zugleich. Deswegen ist jeder Euro für dieses Projekt mehr als gerechtfertigt.

Mein Fazit zum Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei im Einzelplan 02 lautet: Die Haushaltsplanungen sind verlässlich und konstant. Sie finden daher unsere Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. – Für die FDP-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Ellerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kennzeichnendes Strukturmerkmal dieses Teils des Haushalts – ich spreche heute für die FDP-Fraktion zum Teilbereich „Europa und Eine Welt“ – ist, dass das Ist in den letzten Jahren unter dem Soll bzw. unter dem Ansatz geblieben ist.

Das zeigt eigentlich, dass man, wenn man diese Erfahrung hat, Herr Minister, auch lernen und sagen kann: Dann werden wir den neuen Ansatz dem Ist aus der Erfahrung heraus anpassen. Das wäre, glaube ich, bei dieser Haushaltssituation des Landes angezeigt gewesen. Bei der Ministerpräsidentin ist der Ansatz 66,5 Millionen €. Das Ist beträgt 61,1 Millionen €. Kleinvieh macht auch Mist – hätte man machen können.

Frau Kollegin Müller-Witt, zur Bedeutung der Klima-Expo – ich drücke das einmal sehr neutral aus – gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Da bilden wir schon gewisse Gegenpole. Man sollte ganz deutlich sagen, in welchen Punkten genau es denn gerechtfertigt ist, 2,5 Millionen € einzusetzen.

Hinsichtlich der Eine-Welt-Politik wird es Sie nicht verwundern, dass wir – wie wir auch in den Ausschüssen dargestellt haben – Nein zu einer Nebenaußenpolitik sagen. Wir werden diesen Bereich auch hier ganz deutlich herausstellen. Insbesondere dem Promotorenprogramm – es macht ja rund ein Drittel des ganzen Umsatzes dieses Bereiches aus – stehen wir sehr kritisch gegenüber.

Frau Asch, ich erinnere mich an die Diskussion im Ausschuss im letzten Jahr. Da gab es die Diskussion um einen Oberbürgermeister, der sich beschwert hatte, dass seine Kommune nicht in dieses Programm aufgenommen werden konnte. Es stand die Frage im Raum, ob die Landesregierung mit öffentlichen Geldern praktisch private Gruppen bzw. ein Netzwerk politisch Genehmer finanzieren will. Da waren auch noch eine Menge Fragen offen geblieben. Vergessen wir eines nicht: Schon vor 2010 hat es auch ohne dieses Promotorenprogramm eine Entwicklungszusammenarbeit gegeben.

Auch bei den Verwaltungsaufgaben bzw. bei den Sachkosten setzen wir Fragezeichen. Mit Erstaunen haben wir im Ausschuss zur Kenntnis genommen, dass sich newtrade nrw eigentlich als Vehikel zur Förderung des Tariftreue- und Vergabegesetzes erwiesen hat. Sie wissen, dass wir dazu nach wie vor eine konstruktiv-kritische Einstellung haben: Weg damit! Das ist klare Kante, das sind klare Worte.

Am Haushaltstitel „Europa“ – auch das soll klar gesagt werden; denn wir brauchen gerade in dieser Zeit mehr Europa und nicht weniger Europa – wollen wir nichts ändern. Aber auch hier muss man deutlich sagen, dass die Titelgruppe 63 nur zu einem Drittel ausgeschöpft wurde. Wenn man die Mittel nur zu einem Drittel ausschöpft, dann muss man sich fragen, ob der Ansatz wirklich gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren, die Benelux-Zusammenarbeit hat für uns Priorität. Diese gilt es weiter zu fördern; denn das ist gelebtes Europa. Wir sind für mehr Europa.

Im Bereich „Eine Welt“ ist der Einzelplan unserer Meinung nach neben der Spur. Was Europa angeht, so sagen wir Ja. Insgesamt werden wir den Einzelplan jedoch ablehnen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Asch das Wort.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich an das vom Kollegen Ellerbrock von der FDP-Fraktion Gesagte anknüpfen. – Herr Ellerbrock, Ihre pauschale Ablehnung einer globalen entwicklungs- und Eine-Welt-politischen Verantwortung kennen wir bereits; Sie haben es schon zitiert. Ich möchte daran erinnern, dass Walter Scheel 1961 der erste Entwicklungsminister war.

(Bernhard von Grünberg [SPD]: Der weiß doch gar nicht, wer das ist!)

Er gehörte bekanntermaßen der FDP an. Er hat damals das BMZ aufgebaut. Er war der Gründungsvater dieses Politikzweiges. Insofern finde ich es schon ein Stück weit traurig, dass die FDP sich so ganz von dieser Tradition verabschiedet – im Übrigen auch von den Erfolgen der damaligen FDP, aber das müssen Sie verantworten.

Ich glaube, in diesen Zeiten können wir es uns alle nicht leisten, globale Verantwortung zu ignorieren. Wir als Land Nordrhein-Westfalen, wir als die die Landesregierung tragenden Fraktionen nehmen diese globale Verantwortung wahr, und wir sind stolz darauf, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit anderen Bundesländern hier in diesem Feld nach wie vor eine VorreiterInnenrolle einnimmt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden dieses Jahr den Eine-Welt-Etat um 1,4 Millionen € erhöhen. Damit stärken wir Auslandsprojekte. Wir stärken die PromotorInnenarbeit, die übrigens als Programm jetzt auch von der schwarz-roten Bundesregierung als Blaupause übernommen wurde. So viel zu Ihrer Kritik an diesem Programm, Herr Ellerbrock. Es ist tatsächlich Vorbild für andere Bundesländer, es ist zudem Vorbild für bundespolitisches Handeln. Wir stärken die Entwicklungszusammenarbeit der Kommunen.

Wir tun das in einem internationalen Kontext, wo 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind – auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Umweltkatastrophen, Menschenrechtsverletzungen und auch existenzieller Not. Wir engagieren uns vor dem Hintergrund, dass wir als Industrieländer, als Europa, als Deutschland und als Nordrhein-Westfalen eine Mitverantwortung für globale Krisen haben.

Es wird doch immer deutlicher, dass wir uns in den reichen Ländern nicht auf unsere Wohlstandsinseln zurückziehen und abschotten können, uns die Rohstoffe, die wir für unseren Wohlstand brauchen, in den Entwicklungsländern billig besorgen und gleichzeitig die Türen vor dem Elend der Welt verschließen können. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen unsere globale Verantwortung wahrnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir stellen uns den Problemen. Die Emissionen von Treibhausgasen steigen weltweit an, der Klimawandel entzieht Millionen von Menschen die Lebensgrundlage, und die zunehmenden sozialen Verwerfungen bedrohen viele Staaten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Da muss man sich nur Afrika anschauen. Das ist zu sehen in Zentralafrika, aber zunehmend auch in Ostafrika. Äthiopien befindet sich politisch in einer ganz schwierigen Situation. Das sind zum Teil Failed States; da wird neue Flucht erzeugt. Daher müssen wir als Nordrhein-Westfalen unseren Beitrag dazu leisten, um dort die Situation verbessern.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Aber statt einer Kehrtwende im gesellschaftlichen Diskurs, die Nachhaltigkeit – denn das wäre die Lösung – zum Primat erhebt, sind wir – das wissen wir, und das beklagen wir, glaube ich, alle hier im Haus – mit einem neuen Nationalismus konfrontiert. Der ist gefährlich und bedroht auch uns in unserer Sicherheit, weil er die Probleme der Globalisierung nicht löst, sondern verstärkt und in einer kurzfristigen nationalistischen Binnenperspektive populistische Scheinlösungen produziert.

Wir wissen, dass wir weltweite Krisen, die durch die globale Nachbarschaft immer näher an uns heranrücken, nur durch verstärkte globale Kooperationen, durch die Stärkung der internationalen Institutionen und vor allem mit einem starken und sozialen Europa lösen können.

Deswegen ist das Prinzip „Global denken, lokal handeln“ heute relevanter denn je, und daran orientieren wir uns in Nordrhein-Westfalen, indem wir die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure, der NGOs, stärken, indem wir mehr Projekte in unseren Partnerländern durchführen, den Menschen in unserem Land durch entwicklungspolitische Bildung die globalen Zusammenhänge näherbringen und den fairen Handel fördern.

Den fairen Handel fördern wir gerade durch das Tarifreue- und Vergabegesetz. Denn mit diesem großen Hebel, mit dem die öffentliche Hand 50 Milliarden € im Jahr öffentlich nach außen vergibt, können wir tatsächlich dafür sorgen, dass faire Handelsbe-

ziehungen gefördert und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in unseren Partnerländern gestärkt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir stärken das PromotorInnenprogramm. Ja, wir wollen es interkulturell öffnen. Dadurch schaffen wir gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil wir zukünftig verstärkt Menschen mit Fluchterfahrung in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einbinden wollen, damit sie aus einer authentischen Perspektive über globale Zusammenhänge informieren und Verständnis für Fluchtursachen vermitteln können. Das ist in unserer postfaktisch gefährdeten Gesellschaft besonders wichtig.

Meine Damen und Herren, NRW – darauf können wir gemeinsam stolz sein; ich habe es schon erwähnt – wird für sein internationales Engagement überall gelobt und dient als Vorbild für andere Bundesländer. Dieser Haushalt steht für den rot-grünen Weg, der die eine Welt – und es gibt nur diese eine – für alle lebensfähig und lebenswert gestaltet. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Lersch-Mense das Wort.

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Werter Herr Jostmeier, da wir uns inzwischen persönlich ein wenig kennengelernt haben, habe ich spüren können,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: War doch alles nur abgelesen!)

dass Ihnen die Pflichtübung, die Sie hier abgehalten haben, nicht ganz leichtgefallen ist. Das ehrt Sie, aber es musste wohl sein, obwohl nichts von dem, was Sie hier vorgetragen haben, den Tatsachen entspricht.

(Beifall von der SPD – Michael Hübner [SPD]: Was nicht überraschend ist! – Werner Jostmeier [CDU]: Weisen Sie das nach, Herr Minister!)

Ich will das an einigen wenigen Beispielen deutlich machen. Herr Jostmeier, Sie haben von der nach wie vor hohen Verschuldung gesprochen. Wir haben seit dem letzten Regierungsjahr, für das Sie verantwortlich waren, die Nettokreditaufnahme um 70 % abgesetzt. Das wissen Sie doch, und das versuchen Sie, hier zu ignorieren.

Wir haben aber nicht nur die starke Absenkung der Nettokreditaufnahme hinbekommen, sondern gleichzeitig in wesentliche Zukunftsbereiche investiert. Wir haben in Bildung investiert. Wir haben in Kinderbetreuung investiert. Wir haben in Familien investiert. Wir haben die schwierige Herausforderung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen aus diesen Haushaltsmitteln bewältigt. Und dann stellen Sie sich hierhin und halten uns angebliche Stellenausweitungen und ein unseriöses Ausgabeverhalten vor. Das ist nicht fair, Herr Jostmeier, und Sie wissen das auch. Das sehe ich auch Ihrem Gesicht an, wenn Sie das hier vortragen.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich kurz auf den Aspekt der Stellen eingehen. Von den angeblichen 1.200 Stellen, die wir zusätzlich geschaffen haben, sind netto tatsächlich nur 567 Stellen neu geschaffen worden. Alle anderen Stellen sind Umsetzungen durch die Auflösung von Landesbehörden, die dann an anderer Stelle etabliert worden sind.

Diese 567 Stellen sind unter anderem im Bereich der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen – nämlich 86 Stellen – geschaffen worden. Sie verlangen hier immer wieder, dass wir zusätzliche Polizisten einstellen, um die Sicherheit im Lande zu erhöhen. Genau das haben wir getan. Im Bereich der inneren Sicherheit wurden 128 Stellen geschaffen.

Wir haben zusätzlich 17 Stellen im Bereich E-Government geschaffen, weil wir natürlich in die Digitalisierung und Modernisierung der Landesverwaltung investieren wollen. Wir haben im Bereich des CIO, also desjenigen, der sich verantwortlich um die Digitalisierung der Landesverwaltung kümmert, zusätzliche Stellen geschaffen. Das alles sind notwendige Zukunftsaufgaben. Sie selbst haben immer wieder verlangt, dass wir die Anstrengungen in diesem Bereich verstärken sollen.

Meine Damen und Herren, insgesamt zeichnet sich der Einzelplan 02 – wir sprechen in dieser Debatte ja nicht über den Gesamthaushalt – wie in den vergangenen Jahren durch eine hohe Stabilität des Ausgabeverhaltens aus. Das gesamte Volumen steigt zwar um knapp 3 Millionen € – das entspricht 2,3 % –, aber ein ganz erheblicher Anteil dieses Mehraufwandes ist zwangsläufiger Natur.

Vom Gesamtansatz entfällt nur etwas mehr als die Hälfte auf die operativen Mittel der Ministerpräsidentin. Wie gering der disponible Teil hieran ist, wird deutlich, wenn man die darin enthaltenen Personalausgaben, den Unterbringungsaufwand für Mietzins und Mietnebenkosten abzieht. Dann sind zwei Drittel dieses vermeintlich disponiblen Anteils schon wieder durch fixe Ausgaben und Steigerungsraten gebunden. Dabei ist der laufende Bedarf für etwa 500 Beschäftigte an mehreren Standorten noch nicht be-

rücksichtigt. Wir haben in diesem Bereich ausschließlich die globale Minderausgabe titelscharf aufgelöst.

Insgesamt handelt es sich also um eine seriöse Haushaltsführung im Kernhaushalt der Ministerpräsidentin, wie in den vergangenen Jahren auch. Dieser Haushalt macht deutlich, dass wir auch im Bereich Repräsentation mit den Veranstaltungen, die wir durchführen, in Form einer bescheidenen Ausgabenpolitik weitermachen, die sich nicht nur von unserer Vorgängerregierung, sondern auch von anderen vergleichbaren Bundesländern deutlich unterscheidet. Beispielsweise betreibt Bayern einen deutlich höheren Aufwand für Repräsentationsaufgaben als wir in Nordrhein Westfalen. Und selbst das Land Sachsen, das ja von der Größe her mit uns nicht vergleichbar ist, wendet im Verhältnis viel mehr für Repräsentationen auf als wir.

Schon angesprochen wurde einer der inhaltlichen Schwerpunkte, der auch im nächsten Jahr eine zentrale Rolle spielen wird, nämlich die Durchführung der KlimaExpo.NRW. Ziel dieser Initiative KlimaExpo.NRW ist es, die klimapolitische und die ökonomische Vorreiterrolle des Standorts Nordrhein-Westfalen auch über die Grenzen des Landes hinaus deutlich zu machen.

Im nächsten Jahr werden wir das Ganze einer breiten Öffentlichkeit und einem Fachpublikum durch eine Zwischenpräsentation der Ergebnisse im Rahmen der E-World in Essen vorstellen. Wir werden alle Zielgruppen in diesem Bereich – Wirtschaft, Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – dabei einbinden. Damit werden wir eine Halbzeitbilanz der Klimaexpo vorlegen, die ihre Arbeit zu Beginn des Jahres in zahlreichen Veranstaltungen und auf Messen präsentieren wird.

Lassen Sie mich abschließend eine Aktivität aus diesem Jahr erwähnen, die, was die öffentliche Resonanz angeht, mit geringem Aufwand ein großes Echo erreicht hat, nämlich die Woche des Respekts, die wir vom 14. bis 18. November 2016 unter Beteiligung aller Mitglieder der Landesregierung durchgeführt haben. Mit unserem Hashtag „Hut ab“ haben wir 12 Millionen Nutzerinnen und Nutzer erreichen können.

In einem Schulwettbewerb konnten wir eine große Beteiligung von Schülerinnen und Schülern verzeichnen. Über 250 Wettbewerbseinsendungen sind ein Zeichen dafür, dass das Thema „Mehr Respekt“ auch bei jungen Menschen in unserem Lande angekommen ist und eine große Resonanz gefunden hat.

Insgesamt wurden über 60 Termine von Mitgliedern der Landesregierung zur Woche des Respekts wahrgenommen. Wir haben inzwischen auch große Resonanz aus anderen Bundesländern, die nachfragen und daran interessiert sind, zukünftig ähnliche Aktionen durchzuführen.

Der Einzelplan 02 hat sinnvolle und notwendige inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Er ist insgesamt ein Nachweis für die solide Haushaltsführung der Landesregierung. Zu den internationalen Aspekten, die angesprochen wurden, besteht im weiteren Verlauf sicher noch Gelegenheit zur Stellungnahme. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Dr. Bergmann.

**Dr. Günther Bergmann (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der Einzelplan 02 umfasst auch die Landesplanung, deren zentrale Aktivität derzeit die Erarbeitung eines neuen Landesentwicklungsplans ist.

Das geschieht in für unser Land schwierigen Zeiten. Die Wirtschaft in NRW leidet seit dem rot-grünen Regierungswechsel 2010 unter einer anhaltenden Wachstumsschwäche. So lag das Wirtschaftswachstum in unserem Bundesland zwischen 2005 und 2010 noch um 13,7 % über dem Bundesdurchschnitt, zwischen 2010 und Ende 2015 um 39 % unter dem Bundesdurchschnitt. 2015 landete NRW mit 0 % Wachstum erstmalig in seiner 70-jährigen Geschichte auf Platz 16 im Bundesländervergleich. Die Schwächeperiode hält zudem weiter an. Auch im ersten Halbjahr 2016 lag das Wirtschaftswachstum in unserem Land um knapp 10 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Die unterdurchschnittliche Entwicklung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hat auch gravierende Folgen auf dem Arbeitsmarkt. Wäre eine Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit Juli 2010 nur im Durchschnitt der übrigen Bundesländer erfolgt, wären in NRW heute genau 103.041 Menschen weniger arbeitslos.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Bürger in unserem Land haben einen Anspruch darauf, dass wir mit ihren Steuergeldern eine Politik gestalten, die sich an Wohlstand und Beschäftigung orientiert. Diesem Anspruch wird der Einzelplan 02, insbesondere für den Bereich der Landesplanung, nicht gerecht. Statt einen Landesentwicklungsplan vorzulegen, der Wachstum ermöglicht, legen Sie einen Plan vor, der eine Entwicklung an vielen Stellen einfach verhindert.

Nur zwei Beispiele: Das Ziel 2-3 im LEP-Entwurf verhindert notwendige Betriebserweiterungen im Außenbereich. Ein anderes Beispiel ist Kapitel 6. Ihr LEP-Entwurf verhindert die bedarfsgerechte Ausweisung neuer Industrie- und Gewerbeflächen. Statt neue Flächen bereitzustellen, schrumpft die Fläche für unsere Wirtschaft täglich um 1 ha.

Laut amtlicher Statistik von IT.NRW sind in Nordrhein-Westfalen zwischen 2010 und 2015 genau 3.789 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verlorengegangen. Das entspricht der aufaddierten Fläche der drei CHEMPARKS in Leverkusen, Dormagen, Krefeld, des ThyssenKrupp-Stahlwerks in Duisburg, des Evonik Chemieparks in Marl, der Shell Rheinland Raffinerie in Wesseling und Godorf, dem Hüttenwerk Krupp Mannesmann in Duisburg, des Chemieparks Knapsack in Hürth sowie der Ford-Werke in Köln mit über 93.000 Arbeitsplätzen.

Für meine Heimatregion, den Niederrhein, mit den Kreisen Kleve, Wesel, Viersen sowie den Städten Neuss, Krefeld und Mönchengladbach bedeutet das den Verlust von mehr als 720 ha GIB-Flächen in fünf Jahren. Das entspricht der Größe der Häfen Neuss, Düsseldorf und Köln zusammen. Wir meinen weiterhin: Wachstum braucht Fläche.

(Beifall von der CDU)

Das muss der im Einzelplan 02 erfasste LEP spiegeln.

Nehmen Sie Ihre Verantwortung für die Menschen in unserem Land ernst und machen Sie aus dem Landesverhinderungsplan endlich doch noch einen wirklichen Landesentwicklungsplan. Dann wären auch die Ansätze im Einzelplan 02 für Landesplanung gerechtfertigt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bergmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Töns.

**Markus Töns (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon ein bisschen verwundert. Ich hätte mir gewünscht, dass wir eine etwas strukturiertere Debatte hinbekommen; diese Debatte jedenfalls ist etwas durcheinander.

(Beifall von den PIRATEN)

Das muss man an dieser Stelle sagen. Der Kollege Bergmann – ich will ihm nicht zu nahe treten – hat jetzt zum Landesentwicklungsplan und zur Landesplanung geredet, aber er hat im Prinzip nichts zu Europa gesagt. Ich soll jetzt etwas zu Europa ausführen. Das finde ich schon ein bisschen krude – aber gut.

(Thorsten Schick [CDU]: Wie Gelsenkirchen, falsch aufgestellt!)

– Da scheint doch der Ältestenrat falsch aufgestellt zu sein. Vielleicht sollten die Fraktionen einmal überlegen, ob sie das nicht ändern wollen. Dann wird es ein bisschen strukturierter. Ich will das nur am Anfang gesagt haben.

Wir alle wissen: Im Einzelplan 02 steckt Europa-und-Eine-Welt-Politik, und im Einzelplan 02 geht es darum, auch danach zu schauen, welche Aufgaben das Land Nordrhein-Westfalen dabei hat. Sie alle wissen, Nordrhein-Westfalen ist das größte Bundesland, aber es ist auch die größte und die wirtschaftlich bedeutendste Region Europas. Deshalb ist es von großer Bedeutung für uns, wie wir uns europäisch, aber auch in der Welt aufstellen. Vor diesem Hintergrund ist es gut, was wir hier machen.

Wir geben nicht wirklich zu viel Geld aus. Das tun wir sehr bewusst und sehr klar – und das in einer Zeit, in der wir in der schwersten Krise stecken, die Europa ja erlebt hat. Wir reden immer noch von der Bankenkrise, wir reden seit Sommer dieses Jahres vom Brexit, und wir reden von der Flüchtlingskrise. Wir alle wissen, dass diese Aufgaben nicht einfach zu bewältigen sind.

Der Zusammenhalt in Europa ist in Gefahr. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Regionen wie Nordrhein-Westfalen – aber natürlich auch die Bundesrepublik Deutschland – weiterhin ihre Position in Europa wahren. Sie müssen klarstellen, dass sie zu Europa, zur Europäischen Union und zum europäischen Einigungsprozess stehen.

Deshalb finde ich es gut – das will ich hier ausdrücklich erwähnen –, dass es weiterhin gelungen ist, europaaktive Kommunen auszuzeichnen.

Hiermit setzen wir ein Beispiel dafür, dass sich Kommunen mit Blick auf Europa engagieren. Dies tun sie nicht nur, um Fördergelder zu erhalten, sondern sie zeigen darüber hinaus ein breites europäisches Engagement. Wir stärken die Partnerschaften nordrhein-westfälischer Städte, um diese europäischen Vernetzungen hinzubekommen. Denn nur, wenn Menschen sich kennenlernen, werden sie Europa positiv erfahren.

Ich halte es für ganz hervorragend, dass es uns gelungen ist, immer mehr Europaschulen in Nordrhein-Westfalen zu finden, die diesen europäischen Gedanken schon bei Schülerinnen und Schülern auf den Weg bringen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen, den ich mit Blick auf diesen Einzelplan 02 wichtig finde, nämlich die Benelux-Zusammenarbeit. Sie ist in den letzten Jahren gestärkt und ausgebaut worden. Dafür möchte ich nur zwei Beispiele aus diesem Jahr nennen.

Der Integrationsstaatssekretär Thorsten Klute hat die Konferenz „Perspektive ohne Grenzen“ in Enschede besucht. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Unser Justizminister Thomas Kutschaty hat sich in Maastricht gemeinsam mit dem niederländischen Amtskollegen Ard van der Steur und dem belgischen Justizminister Koen Geens zu einer Konferenz ge-

troffen. Wichtig ist, dass wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Benelux-Raum fortsetzen und stärken. Dabei ist die Landesregierung auf einem äußerst guten Weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zur Eine-Welt-Arbeit sagen. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Ich habe vorhin von der Flüchtlingsfrage und der Flüchtlingskrise gesprochen. Wir können ihnen nicht allein dadurch beikommen, indem wir sagen: Wir schauen mal, wie wir das alles integrativ hinbekommen. – Das ist wichtig und richtig. Das tun wir auch.

Aber wir müssen auch darauf schauen, wo die Krisen entstehen und was wir da tun können. Das Land Nordrhein-Westfalen ist natürlich im Verhältnis der großen globalen Player klein, aber wir können eine Menge dort tun, wo wir Partner haben. Das machen wir. Deshalb stärken wir die Eine-Welt-Arbeit, indem wir auch noch zur dritten Lesung einige Anträge einbringen werden, die dazu führen werden, dass wir insgesamt 1,4 Millionen € mehr ausgeben. Das muss man an dieser Stelle erwähnen.

Lassen Sie mich abschließend noch ausführen, dass wir in diesem Zusammenhang die Arbeit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ stärken, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen hat. Wir stehen aus meiner Sicht vor enormen Herausforderungen. Das ist ganz wichtig an dieser Stelle zu sehen, gerade was die Eine-Welt-Politik betrifft, insbesondere bei der Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs. Das sollte man nie außer Acht lassen. Das ist von enormer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sage ich: Ich hoffe, Sie konnten meinen Ausführungen zu Europa und Einer Welt folgen, obwohl das ein bisschen krude durcheinandergelaufen ist. – Ich wünsche Ihnen ein herzliches Glückauf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche heute im Rahmen der zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs zum Bereich Landesplanung.

(Michael Hübner [SPD]: Nein! Überraschung!)

Wir haben das ein bisschen strukturiert und uns daran gehalten, was uns vorgegeben ist.

Um es kurz zu machen, Herr Minister: An den Haushaltsansätzen kommt von uns keine Kritik. Ich bin sicher, dass das, wenn man die Leute kennt, die bei



Ihnen arbeiten, mit vernünftigem Augenmaß gemacht wird. Dazu gehört auch die technische Ausstattung. Daran kommt keine Kritik von uns. Das ist in Ordnung.

Meine Damen und Herren, der Kollege Dr. Bergmann hat es angesprochen: Der Landesentwicklungsplan befindet sich im laufenden Verfahren. Auch hierzu etwas Positives am Anfang: Das war ein umfangreiches Verfahren. Darüber ist auch im Ausschuss regelmäßig berichtet worden. Das ist alles in Ordnung. Für den Arbeitsaufwand und die Leistung, die dahinter steht, sage ich ganz persönlich den Kolleginnen und Kollegen herzlichen Dank. Das muss wertgeschätzt werden. Das muss man auch einmal so sagen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN – Beifall von Bernhard von Grünberg [SPD])

Was zeichnet diesen Landesentwicklungsplan aus? Er befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wo ist die Vision?

(Michael Hübner [SPD]: Das muss man die FDP fragen!)

Wo ist die Leitlinie? Wie sieht Nordrhein-Westfalen 2040 aus? Dazu ist nichts enthalten. Dieser Landesentwicklungsplan wird vom Grundgedanken getragen: Bewahrung der Schöpfung, bloß nichts verändern. – Das ist zu wenig. Wer von uns allen in diesem Saal würde nicht Ja zum Erhalt des genetischen Reproduktionspotenzials sagen?

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Welche Überraschung!)

Oder Ja zum Erhalt der Schöpfung im weitesten Sinne? Das wollen wir doch alle gemeinsam haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Na ja!)

Deswegen kann es doch nicht sein, dass wir uns darauf ausschließlich fokussieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, zum ökologischen Bereich gehört nicht nur der soziale, sondern auch der wirtschaftliche Aspekt. Ich stimme dieser Ministerpräsidentin und auch diesem Minister in etwa zu, als er im Ausschuss sagte: Mit diesem Landesentwicklungsplan – darin steckt ja „Entwicklung“ – ist auch Landesentwicklung möglich.

(Marc Herter [SPD]: So ist es!)

Das stimmt, das ist auch möglich – aber doch nicht als Regel, sondern als Ausnahme.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da wird seitenweise konditioniert, und überall gibt es Einschränkungen. Wo steht deutlich: Wir in Nordrhein-Westfalen sagen Ja zu Industrie, Handel, Ge-

werbe und Wertschöpfung? Wo steht drin: „Wir wollen diese Entwicklung“? Wo sind positive Aussagen dazu?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nein, das steht nicht drin. Das steht immer als Ausnahme und konditioniert darin. Das ist problematisch.

Ich bin auch überzeugt, dass nicht unbedingt die Leitungsebenen hierbei das Problem darstellen. Minister Groschek hat von einer durchgrünter Verwaltung gesprochen. Es gibt zu viele graswurzelsuchende Idealisten mit missionarischem Tunnelblick,

(Lachen von Kai Schmalenbach [PIRATEN] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh Gott! – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Haben Sie auf mich gezeitigt? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

die keinerlei Verständnis für darüber hinaus gehende, aus ihrem eigenen Blickfeld heraustretende Problemstellungen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich glaube auch: Wir werden zur Durchführung von Ansiedlungsmaßnahmen kommen. Aber mit welchem Zeitverzug? Das ist die Frage. Muss ich das immer begründen? Der Zeitverzug in internationalem Wettbewerb ist fatal, weil sich das Projekt oftmals überholt hat. Projekte wandern oft ab. Wo steht in diesem Landesentwicklungsplan eine Willkommenskultur für Unternehmen und für wirtschaftliche Entwicklung?

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, es wird eine wesentliche Aufgabe sein – über Missverständnisse, die da drinstehen, hatten wir uns schon unterhalten –, diese Missverständnisse auszuräumen und etwas Positives daraus zu machen. Wo steht in diesem Landesentwicklungsplan: Standortsicherung ist eine wesentliche Funktion?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das heißt nicht nur Flächen für Erweiterungsmaßnahmen, sondern auch Abstandsflächen für Produktionsumstellungen. Das steht überall drin – allerdings mit einer falschen Zielsetzung –: Wir wollen Flächen sparen. – Ja, natürlich, wollen wir sorgsam mit der Fläche umgehen. Sorgsam damit umgehen,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

damit nicht noch mehr landwirtschaftliche Produktionsfläche der Produktion entzogen wird.

Wo steht, dass wir Brachflächen nutzen wollen? – Richtig, wir haben in Nordrhein-Westfalen ein hervorragendes Instrument, den AAV – Abfallbeseitigungs- und Altlastensanierungsverband, der teilweise von der Industrie mitfinanziert wird. Nach meiner Überzeugung ist hier seitens der Industrie viel zu wenig Engagement, da muss bei dem AAV nachgebessert werden.

(Beifall von Herbert Franz Goldmann [GRÜNE])

Das muss man deutlich sagen. Aber die Flächen sind ja nicht verfügbar, weil sie noch zu ganz anderen Werten in den Büchern, in den Bilanzen stehen. Sie können nicht zu diesen Werten veräußert werden, deswegen werden die Unternehmen, weil sie nicht Insolvenz anmelden wollen, diese Flächen nicht verkaufen. Da müssen wir uns ein anderes Instrumentarium überlegen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Was machen wir denn da?)

Da müssen wir eventuell auch überlegen, dass wir dann andernorts neue Fläche verfügbar machen können.

Machen wir uns doch eins klar: Wir sind ein Industrieland. Wir als FDP sagen: Wir wollen eins bleiben und wollen es entwickeln. 2 % der Fläche wird für Industrie letztendlich in Anspruch genommen, und die Wertschöpfung ist ein Zehnfaches davon, also 20 %.

Meine Damen und Herren, das spiegelt sich in diesem Landesentwicklungsplan nicht wider. Es spiegelt sich auch nicht wider – und das ist der Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit –, dass wir sagen: Wir müssen etwas für den ländlichen Raum tun, der demografischen Entwicklung auch dort entgegenwirken, und machen es aber schwerer, ländliche Entwicklungen in den Dörfern, in den Umgebungen, auch im landwirtschaftlichen Bereich sicherzustellen.

Man kann ja gegen große Geflügelzuchtanlagen sein. Wenn wir allerdings sagen, dass wir diese Anlagen nur in Gewerbe- und Industrieansiedlungsgebieten realisieren wollen, gleichzeitig aber fordern, dass diese Gebiete eine Anbindung an den Wohn- und Siedlungsbereich haben müssen, dann schließen wir es de facto elegant aus. Das kann doch nicht richtig sein. Meine Damen und Herren, so kommen wir hier nicht weiter.

Ich vermisse eins, Herr Minister, Sie sind angetreten, auch in Person, und haben gesagt: Wir bitten um Mitarbeit – die Koalition der Einladung usw. – So viel haben wir davon nicht gemerkt. Hinsichtlich der Änderungen vom Ziel zum Grundsatz ist einiges gekommen. Hätten Sie die letzte Anhörung hier im in diesem Landtag zu dem Landesentwicklungsplan mitverfolgt, dann hätten Sie deutlich feststellen können, was an Defiziten besteht und dass die Beteiligten nicht akzeptieren,

(Beifall von der CDU)

dass über ihre Belange so locker hinweggegangen wird und hier einseitig Politik gemacht wird. Es ist ein Landesentwicklungsplan, der nach dem derzeitigen Stand seinen Ansprüchen nicht gerecht wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Statt einer Koalition der Einladung ist es eine Koalition des Durchregierens geworden gegen eine wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Und das ist für einen Landesentwicklungsplan zu wenig. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Goldmann das Wort.

**Herbert Franz Goldmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischenzeitlich sind wir in unserer Absicht, den LEP-Entwurf noch im Jahr 2016 als Rechtsverordnung zu verabschieden, ein gehöriges Stück weitergekommen.

Die zweite Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hat noch einmal zu einer Vielzahl von Änderungen und Klarstellungen geführt, um – das war ja auch unser Ziel – einen rechtssicheren Landesentwicklungsplan für die nächsten Jahre auf den Weg zu bringen.

Ich denke, die nachgeordneten Planungsebenen warten jetzt lange genug darauf, aus der aktuellen Rechtsstellung „in Aufstellung befindend“ herauszukommen. Schließlich stehen einige Regionalplanungsbehörden, das ist Ihnen bekannt, vor der Aufstellung bzw. der Fortschreibung Ihrer Regionalpläne. Dafür tragen wir gemeinsame Verantwortung. Werden wir dieser gerecht!

Dass das mit der Rechtssicherheit, meine Damen und Herren, nicht immer so eine leichte Sache ist, hat eine intensive Anhörung zum LEP mit einer beachtlichen Anzahl an Sachverständigen ergeben, gerade auch in der Diskussion zur Einstufung der Flughäfen in landesbedeutsam und regionalbedeutsam, aber auch die Zulässigkeit eines landesweiten Ausschlusses von Fracking.

Die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen sind sich sicher, dass die getroffenen Regelungen einer möglichen rechtlichen Überprüfung standhalten werden. In der Frage der Raumbedeutsamkeit beim Thema „Fracking“ sollten die Bedenken meines Erachtens zwischenzeitlich überwunden sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem viele Räte und Kreistage einstimmige Beschlüsse zum Frackingausschluss vor Ort gefasst haben, hätte ich erwartet, dass die beiden Oppositionsparteien von CDU und FDP in dieser Frage standhaft geblieben wären und wir uns auf eine einheitliche Linie hätten verständigen können. Danach sieht es leider aktuell nicht aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hauptthema, auch in der Anhörung, war, wie zu erwarten und gerade auch von Herrn Ellerbrock angesprochen, der Ansatz im LEP zum Flächenverbrauch und der Flächenversiegelung.

Kredo von CDU und FDP über die letzten Jahre war immer die Aussage: Wachstum braucht Fläche. – Im Grundsatz stimmt das bei Betriebserweiterungen und natürlich auch bei Neuansiedlungen, aber nicht in der Forderung, wo immer es seitens der Wirtschaft insbesondere in der Freifläche gewünscht wird. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist einfach zu platt und – häufig gesehen – ökologisch auch unsinnig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das sollten Sie eigentlich wissen. Sie widersprechen den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Raumordnungsgesetzes und Sie schließen andere Formen einer qualitativen Raumordnung damit aus.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Das hat nie jemand gefordert!)

– Natürlich, das ist permanent gefordert worden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, da stehen Sie ja nicht alleine. Unternehmer.nrw und insbesondere die IHK scheinen das ebenfalls nicht zu wissen, oder sie blenden das aus. Die Staatskanzlei als oberste Landesplanungsbehörde kann das eben nicht. Und das ist auch gut so.

Leider – das muss ich an dieser Stelle ausführen – kommt von Ihnen auch keine Unterstützung zu dem erstmaligen Ansatz der Einführung eines landesweiten Monitoringverfahrens, um auf der Fläche aller Regionalplanungsbehörden vergleichbare Standards in der Erfassung, in der Nutzung und in der Ermittlung zukünftiger Bedarfe zu erreichen.

Das mag insbesondere bei den Gewerbe- und Industrieflächen noch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Das gestehe ich gerne ein. Aber ich denke, das ist ein erster und wichtiger Schritt gegenüber dem LEP aus 1995.

Ich fasse zusammen: Eine positive Begleitung hätte Ihnen aus meiner Sicht gut gestanden. Leider haben Sie zu lange, auch heute, immer nur betont, was Sie nicht wollen, und nicht, was Sie wollen und wie man diesen Anspruch in ganz konkrete Festsetzungen auch hätte umsetzen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe aus der Anhörung mitgenommen: Wir waren noch nie so weit, und der LEP sollte endlich kommen. – Wir alle – das gilt für die Umweltverbände, aber es gilt natürlich auch insbesondere für die Wirtschaft – stehen hier gemeinsam in einer politischen Verantwortung.

Zum Haushalt: Der Einzelplan 02 weist im Entwurf für die Landesplanung eine Reduzierung der veranschlagten Ausgaben und um 65.000 € auf nunmehr 1,7045 Millionen € aus. Für meine Fraktion gibt es diesbezüglich keinen Änderungsbedarf. Deshalb tragen wir diesen Haushaltsansatz auch so mit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir noch drei Sätze zum Thema Europa. Gerade angesichts der derzeitigen Stimmung in der Gesellschaft und in vielen Staaten Europas ist es umso wichtiger, jetzt für ein gemeinsames Europa zu werben. Deshalb ist die europäische Bildungsarbeit des Landes so wichtig. Deshalb ist es wichtig, dass wir die gute Europapolitik in den Kommunen würdigen und auszeichnen. Deshalb ist es auch weiterhin notwendig, dass die Kommunen in die Europapolitik des Landes einbezogen werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir grenzüberschreitende Projekte mit unseren Nachbarn fortführen und ausbauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nur wer Europa erlebt, wird es verstehen und wird es leben können.

Die Menschen im Vereinigten Königreich haben in diesen Tagen einen Vorgeschmack darauf erhalten, wie sich die Lage in ihrem Land entwickeln wird, wenn es kein Teil der EU mehr ist: deutlich schwächeres Wirtschaftswachstum, eine stark steigende Verschuldung, eine kräftige Abwertung der Währungen. Dies wird sich für die Menschen im Vereinigten Königreich über eine lange Zeit konkret negativ auswirken.

Das wollen wir in Nordrhein-Westfalen nicht. Wir wollen nicht raus, sondern für den Zusammenhalt in Europa werben. Das bildet sich im Einzelplan 02 so ab. Deshalb werden wir natürlich zustimmen. – Danke sehr.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Goldmann. – Für die Piratenfraktion erlaube ich Herrn Kollegen Dr. Paul das Wort.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank. – Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich kann mich nur dem geschätzten Kollegen Töns anschließen. Diese Debatte zum Einzelplan 02 hat etwas von einem großen, bunten Salatteller – nicht, dass so etwas nicht schmecken

würde. Aber ich glaube, auf dem Plenartellerchen sollte man die Zutaten ein wenig getrennt halten.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Zur Übersicht: Wir haben uns zur Staatskanzlei nicht geäußert. Ich werde jetzt zu Europa sprechen mit einem Schlenker in den LEP. Danach wird Herr Kollege Lamla im nächsten Debattenblock zu Medien reden.

(Marc Herter [SPD]: So war es vorgesehen!)

– Genau, wir halten uns daran.

Europa ist aus Landessicht, gerade in Zeiten des Brexits, des Trumpismus und der Le Pens wichtiger denn je. Wir sehen auch gerade bei CETA, welches Gewicht einzelne demokratisch legitimierte Regionen wie auch Nordrhein-Westfalen innerhalb der Europäischen Union entfalten können. Unser Einfluss ist also da und muss konsequent ausgebaut werden.

Leider werden im so wichtigen EU-Bereich von der Landesregierung nicht mehr, sondern weniger Mittel bereitgestellt, wenn auch nur leicht weniger. Die internationalen Angelegenheiten und die Entwicklungszusammenarbeit, maßgeblich für den Kampf gegen Fluchtursachen in den Herkunftsländern und auch gegen Vorurteile und Ängste im eigenen Land, sind ebenfalls wichtiger denn je. Hier wurde immerhin zur zweiten Lesung noch einmal von Rot-Grün etwas aufgestockt. Da kann man nur sagen und anerkennen, dass die Forderungen aus dem Integrationsplan der Piraten am Ende wohl doch noch Gehör gefunden haben. Das begrüßen wir.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir müssen aber schon darüber reden, wie eine sinnhafte und effektive Entwicklungspolitik auf Landesebene ausgestaltet werden kann, mit den angesetzten, sehr begrenzten Mitteln auf jeden Fall nicht. Man kann nur Akzente setzen.

Wenn man sich den Anspruch auf wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit in die Koalitionsverträge schreibt – diese Grundaussrichtung haben wir Piraten von Anfang an unterstützt – und wenn man damit wie die Landesregierung auch hausieren geht, dann muss man im Endeffekt auch etwas Handfestes liefern. Leider Fehlanzeige!

Noch ein kleiner Schlenker in den Landesentwicklungsplan; er ist auch Teil des Einzelplans 02. Hier fehlt uns insgesamt der Mut, den Flächenverbrauch konsequent zu reduzieren. Man muss natürlich registrieren, dass bei der FDP und bei der CDU in Flächen gedacht wird. Wir Piraten denken eher in Volumina. Die Nutzung durch den Menschen steigt immer weiter, und smarte, digitale Lösungen könnten hier Abhilfe und Chancen schaffen, auch im eher virtuellen Raum gewinnen. Aber Digitalisierung für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land ist

nun nicht gerade die Paradedisziplin der Landesregierung.

Ein letztes Wort: Das, was im LEP als Frackingverbot verkauft wird, ist eine Mogelpackung, die mehr Türchen auflässt als Ihr Adventskalender. So können wir Piraten diesem Einzelplan leider nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Paul. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Lersch-Mense.

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Erlauben Sie, dass ich auch zunächst zum Thema LEP kurz Stellung nehme. Verehrter Herr Bergmann, es ist schon etwas merkwürdig, wofür der LEP so alles verantwortlich gemacht wird.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Wenn Sie ihn hier für die vorübergehende Wachstumsschwäche im Jahre 2015 verantwortlich machen wollen, obwohl er erst im nächsten Plenum des Landtages verabschiedet wird, dann hat das schon eher etwas Skurriles bzw. Magisches, wenn dieser LEP also, obwohl noch gar nicht in Kraft getreten, schon im Jahr 2015 das Wachstum in Nordrhein-Westfalen gebremst haben soll.

Sie wissen auch, dass das Wachstum in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2016 mit 2,1 % wieder sehr beachtlich war, sodass die natürlich bedauerliche Entwicklung im Jahre 2015 offenbar eine vorübergehende Erscheinung war, für die es konkrete Ursachen gibt. Sie sind auch im Landeswirtschaftsbericht dargestellt. Wenn Sie den einmal lesen würden, dann kämen sie, glaube ich, nicht mehr auf die Idee, dafür den LEP verantwortlich zu machen.

Herr Ellerbrock, Sie haben auch jetzt wieder die alte Geschichte erzählt, der LEP ermögliche keine wirtschaftliche Entwicklung, und er atme den Geist der Beschränkungen von Entwicklungsmöglichkeiten. Das alles trifft nicht zu, und das wissen Sie auch. Im Einleitungskapitel des LEP haben wir ausdrücklich klargestellt, dass wir wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen wollen. Es geht nicht um eine Verhinderungs-, sondern um eine Ermöglichungsplanung. Wir wollen aber nachhaltiges Wirtschaften ermöglichen, weil wir natürlich dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes und der Begrenzung des Flächenverbrauchs Rechnung tragen wollen.

(Beifall von Norwich Rüsse [GRÜNE])

Sie wissen, dass wir im Kapitel 2-3 durchaus die Möglichkeit schaffen, Siedlungsflächen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Bei diesen Bedarfen legen wir die aktuelle demografische Entwicklung zugrunde und bieten über das Flächenmonitoring die Chance, frühzeitig zu erkennen, wo Flächenengpässe entstehen.

Sie wissen, dass wir, was die Erweiterung vorhandener Betriebsflächen von Industriebetrieben auch in den Außenbereich hinein angeht, wenn es im Rahmen der 10-ha-Grenze bleibt, keine neue Rechtslage im Vergleich zum bisherigen Recht schaffen.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen: Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass eine Industriensiedlung an der Landesplanung oder an fehlenden Flächen in Nordrhein-Westfalen gescheitert wäre. Im Gegenteil! Seit dem LEP VI haben wir für industrielle Großansiedlungen Reserveflächen vorgesehen, die bedauerlicherweise bisher nicht in Anspruch genommen werden konnten. Wir würden es sehr begrüßen, wenn hier entsprechende Ansiedlungen stattfänden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, entschuldigen Sie bitte. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zulassen?

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Immer gerne, ja.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Bevor ich das Mikrofon freischalte, lieber Herr Kollege Ellerbrock: nicht reinpusten.

(Heiterkeit von allen Fraktionen)

Versuchen Sie es mal. – Das Mikrofon weigert sich.

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Es wird seine Gründe haben.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Sonst können wir es vielleicht ...

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

– Moment, Herr Kollege. Wir müssen auch ein bisschen an den Sitzungsdokumentarischen Dienst denken. Ich versuche es jetzt mal mit Gewalt. – Aber auch da tut sich nichts. Versuchen wir es mal mit dem anderen Mikrofon, vielleicht ist das noch heil. Nicht pusten! Das geht sonst auch kaputt.

(Heiterkeit von allen Fraktionen – Auch das Mikrofon ist nicht freigeschaltet.)

Es ist nicht zu fassen. Wir versuchen es jetzt mal mit aller Vorsicht. – Jetzt ist interessanterweise das andere Mikrofon freigeschaltet. Das müsste jetzt funktionieren.

(Holger Ellerbrock [FDP] pustet in das Mikrofon. – Heiterkeit von allen Fraktionen)

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Minister, ich hatte mich gemeldet, weil Sie hier darstellen, Sie wüssten nicht einen Fall, in dem eine Entwicklung wesentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht worden wäre. Ich erinnere daran – nach meinen Informationen sind auch Sie da involviert –, dass zum Beispiel im Regierungsbezirk Detmold eine Betriebserweiterung auf ungeheure Schwierigkeiten stößt und schon erheblichen Zeitverzug erlitten hat, weil es unterschiedliche Auffassungen über die Interpretation der Erweiterung und Standortsicherung gibt. So einfach ist es nicht.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Bitte eine Frage, Herr Kollege.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ich betone noch einmal: Ich glaube, dass Sie das so sehen möchten, aber vor Ort wird es anders gesehen. Meinen Sie nicht, dass es wichtig ist, dass solche – ich drücke es wertneutral aus – Missverständnisse unmissverständlich beseitigt werden?

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Lieber Herr Ellerbrock, in der Tat ist mir bekannt, dass es diese Probleme gibt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aha!)

Wir kümmern uns aktiv um die Probleme, die interessanterweise vor allen Dingen im Regierungsbezirk Detmold bestehen. Aber wir gehen allen Einzelfällen nach, und wir sind zuversichtlich – die bisherigen Gespräche zeigen das –, dass wir für alle Einzelfälle vernünftige Lösungen finden werden.

Natürlich gibt es auch immer wieder Erweiterungspläne, die nicht mit dem bestehenden Recht vereinbar sind. Die wird man nicht realisieren können. Aber überall da, wo es machbar ist, versuchen wir konkret zu helfen und die Planung auch zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, ich will die verbleibende Redezeit nutzen, um kurz auf den Bereich Europa und Eine Welt einzugehen. In der Europapolitik sind wir uns einig, dass Europa vor großen Herausforderungen steht. Ich freue mich, dass insbesondere das Engagement der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen, was Europa betrifft, wächst und dies von allen Fraktionen hier im Landtag unterstützt wird.

Das gilt insbesondere für unsere Auszeichnung „Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen“; denn europäisches Engagement muss in den Kommunen wachsen.

Das gilt natürlich auch für unsere mehr als 200 Europaschulen in Nordrhein-Westfalen. In keinem anderen Bundesland ist das europapolitische Engagement im Schulbereich so stark verankert wie hier. Das wollen wir ausbauen.

Im Bereich Eine Welt, in der Auslandsarbeit, haben wir durch die Erneuerung des Partnerschaftsabkommens mit Ghana einen wesentlichen Schritt nach vorne getan.

Wir haben sinnvolle Projekte gemeinsam mit der GIZ erarbeitet, zum Beispiel in der Universität von Kumasi. Dort entwickeln wir gemeinsam Kompetenzen im Bereich erneuerbare Energien.

In Accra bauen wir gemeinsam mit der GIZ eine Gesundheitsstation auf der fürchterlichen Elektroschrottdeponie Agbogbloshie auf.

Und wir konzentrieren uns natürlich auf die potenziellen Fluchtgebiete im Nahen Osten. Wir werden unsere humanitären Projekte in Jordanien, Libanon und Syrien verstärken. Dort können wir mit verhältnismäßig geringen Mitteln große Effekte erreichen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – In der nächsten Debattenrunde spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Schick.

**Thorsten Schick (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind beim Punkt „Medien“ und beim Medienhaushalt angekommen. Der Medienhaushalt ist im Wesentlichen in Stein gemeißelt. Veränderungen werden nicht vorgenommen – und das bei einem sich so rasant ändernden Thema. Das sind garantiert nicht die richtigen Antworten.

Es ist der letzte Haushalt der Wahlperiode. Deshalb noch einmal kurz der Blick zurück: Was haben die vergangenen fünf Jahre gebracht? Im Wesentlichen waren es Gesetzgebungsverfahren, die an der Grenze der Peinlichkeit verlaufen sind. Es wurde das Label „Staatsferne“ ganz nach vorne getragen. Aber was damit gemeint war, hat jeder erkannt, der diese Gesetzgebungsverfahren gesehen hat: Es ging im eigentlichen Sinne nur um Staatskanzleiferne – und dann mit umgekehrten Vorzeichen.

Ich spreche vom Direktor der Landesanstalt für Medien NRW, Jürgen Brautmeier, der per Gesetz an einer zweiten Amtszeit gehindert wurde, weil er der

Stiftung „Vielfalt und Partizipation“ kritisch gegenüberstand und das Verfahren kritisiert hat.

Hingegen war einem schon zum Lachen zumute, als Sie mit dem Gesetz Ihre eigenen Abgeordneten kurzfristig von der Landesmedienkommission Nordrhein-Westfalen ausgesperrt haben. Das hat gezeigt, wie schlecht Sie handwerklich wirtschaften.

(Beifall von der CDU)

Da die Redezeit sehr begrenzt ist, will ich nur noch auf einen Punkt eingehen, der mich sehr traurig macht. Das ist die Tatsache, dass das Projekt ZeitungsZeit Nordrhein-Westfalen nicht fortgesetzt wird. Gerade im Augenblick, wo wir über einen Verlust an Vertrauen gegenüber Medien sprechen, lassen Sie das Projekt ZeitungsZeit Nordrhein-Westfalen, in dessen Rahmen Zeitungen in Klassenräume hineinkommen und man sich dort intensiv mit dem Thema „Medien“ auseinandersetzt, sang- und klanglos auslaufen. Das sind die völlig falschen Antworten in einer Zeit, in der wir eigentlich dafür sorgen müssten, dass Qualitätsjournalismus vorankommt – aber sicherlich nicht mit dieser Landesregierung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Vogt.

**Alexander Vogt (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schick, ja, dieser Haushalt setzt auf Beständigkeit, und zwar aus folgendem Grund: weil Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren Medienland Nummer eins in Deutschland war und dies auch weiterhin ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mit diesem Haushalt sorgen wir einerseits für Beständigkeit, damit wir weiter vorne bleiben können. Andererseits reagieren wir aber auch auf Veränderungen.

Wo stehen wir heute? Wir sind Sitz großer Verlage. Klassische Printausgaben von Zeitungen und Bücher werden hier produziert. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Radiolandschaft, die einmalig in Deutschland ist – mit sechs öffentlich-rechtlichen Wellen und 45 Lokalradios, die lokale Vielfalt in den einzelnen Kommunen garantieren.

Diese haben wir mit der Gesetzgebung gestärkt. Sie hatten ja die letzten fünf Jahre angesprochen. Lokale Vielfalt ist uns natürlich wichtig. Wir haben die Stiftung für lokale Medienvielfalt – „Vor Ort NRW“ heißt sie jetzt – ins Leben gerufen. Ja, sie ist staatsfern or-

ganisiert und bei der Landesanstalt für Medien angesiedelt. Das sollte Ihnen als Mitglied der Kommission ja durchaus bekannt sein.

Wenn wir weiter schauen, dann sehen wir, dass wir starke TV-Sender in Nordrhein-Westfalen haben. Nicht nur der WDR sitzt hier, sondern auch RTL. Ein Drittel aller Sendeminuten wird in Nordrhein-Westfalen produziert.

Das Gleiche gilt für den Kinostandort NRW. Auch hierzu eine Zahl: 15 der 20 Top-Produzenten sitzen in Nordrhein-Westfalen. Herr Schick, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Das haben Sie natürlich verschwiegen.

Die Ausbildung kommt dem natürlich auch nach. Wir haben die Internationale Filmschule Köln. Wir haben das Mediengründerzentrum NRW, das auch vom Haushalt profitiert. Außerdem haben wir die Film- und Medienstiftung NRW, die als Förderinstrument und als Standortmarketinginstrument hervorragend funktioniert.

Wir sind sehr breit aufgestellt. Das wird einmal im Jahr besonders deutlich, wenn zum Medienforum NRW eingeladen wird, einer Veranstaltung, die weit über NRW-Landesgrenzen bekannt ist und Teilnehmerinnen und Teilnehmer findet.

Lassen Sie uns auf zwei Bereiche schauen, die uns besonders am Herzen liegen. Das ist einmal der Bereich Medienkompetenz, in dem es darum geht, wie ein guter und kritischer Umgang mit Medien gelernt werden kann. In unserem Bundesland haben wir da eine ganze Reihe von Projekten. Das beginnt mit dem Medienpass NRW, den diese Landesregierung an Grund- und auch an weiterführenden Schulen eingeführt hat. Es sind außerschulische Bildungsträger, es ist die Landesanstalt für Medien NRW, und es ist der WDR, die in diesem Bereich tätig sind.

Es ist natürlich auch das Grimme-Institut. Das Grimme-Institut haben wir weiterentwickelt. Vor einigen Monaten wurde das Grimme-Forschungskolleg gegründet, eine Kooperation mit der Universität zu Köln, um auf die veränderte gesellschaftliche Entwicklung angesichts der Digitalisierung zu reagieren und in diesem Bereich zu forschen.

Beim Thema „Medienkompetenz“ beschäftigen wir uns natürlich auch mit der Frage: Wie gehen wir eigentlich miteinander im Netz um? Hate Speech, also Anfeindung, betrifft nicht nur uns Politikerinnen und Politiker, sondern auch alle Ehrenamtlichen, insbesondere in der Flüchtlingshilfe Tätige, Vertreter von Kirchen, Vereinen und Verbänden sind Bedrohungen und Beleidigungen ausgesetzt. Deswegen ist es auch richtig, dass die Ministerpräsidentin dieses Thema mit dem Netzkodex NRW aufgegriffen hat. Mit einer ganzen Reihe von Partnern – es werden immer mehr –, die dort mitarbeiten wollen, ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Thema „Medienkompetenz“ wird in Nordrhein-Westfalen ganz prioritär behandelt. Am letzten Montag hat hier der Tag der Medienkompetenz stattgefunden. Herr Schick, Sie waren ja selber mit dabei. Dieses Projekt, das unter Schwarz-Gelb abgeschafft und durch Rot-Grün wieder eingeführt wurde, ist jetzt zum sechsten Mal durchgeführt worden. In Kooperation mit der Landesregierung und dem Grimme-Institut konnten wir hier vor Ort sehen, wie viele verschiedene Partner im Land in diesem Bereich mitwirken.

Wir wollen aber nicht nur klassische Medien fördern. Für uns sind auch die digitalen Medien eine wichtige Säule in Nordrhein-Westfalen, sowohl wirtschaftlich und kulturell als auch unter dem Gesichtspunkt von Arbeitsplätzen.

Deswegen haben wir als SPD und Grüne einen Änderungsantrag zum Haushalt eingebracht. Wir wollen, dass die jungen Unternehmen, die im Bereich von Games und 360-Grad-Projekte tätig sind, weiterhin verstärkt gefördert werden. Ferner wollen wir Webvideo-Spaces fördern, also Orte, an denen Webvideos geschaffen werden können, damit diese noch recht junge Branche auch in Nordrhein-Westfalen stärker Fuß fassen kann.

Wie Sie sehen, ist Nordrhein-Westfalen das führende Medienland. Der Haushalt bildet das sowohl im klassischen als auch im digitalen Medienbereich ab. Wir werben natürlich um Zustimmung. Mit diesen Haushaltsansätzen sind wir auf einem guten Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Nückel.

**Thomas Nückel (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich glauben, Kollege Vogt wäre einmal Verkäufer für Reizwäsche gewesen, so wie er hier einen Hauch von nichts – denn das ist die Medienpolitik in NRW – anpreist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Debatte über den letzten Haushalt vor der Landtagswahl bietet natürlich eine Gelegenheit, einmal zurückzublicken. Ich schaue da gleich einmal auf sieben Jahre unter Rot-Grün zurück. Das sind nicht nur sieben magere Jahre für die Medienpolitik, sondern auch mehr als sieben Plagen.

Zu den Plagen der letzten sieben Jahre gehören sicherlich ein völlig verunglücktes Landesmediengesetz mit mehreren Reparaturversuchen hier im Haus und ein völlig unzureichendes WDR-Gesetz. Bei beiden Gesetzen besteht der Inhalt nur aus überbordender Kontrolle und Regulierungswut.

Kollege Schick hat mit dem Direktor der LfM, der in die Wüste geschickt wurde, weil er Kritik geäußert hat, schon ein Beispiel genannt.

Aber auch beim WDR-Gesetz haben wir beispielsweise die Vorgaben zum Verwaltungsrat: Wenn der geforderte Wirtschaftswissenschaftler vielleicht einmal ausscheiden sollte, könnte der Professor für Medienwissenschaften sich nicht dafür bewerben, weil er nach dem Gesetz keine Chance hätte. Der Chefcontroller vom Stahlwerk hätte da eher eine Chance.

Dann wurden bei der Landesanstalt für Medien und im WDR die Gremien aufgebläht, um die politische Arithmetik für Rot-Grün etwas angenehmer zu gestalten. Diese Gremien sind nun sehr groß.

Dafür ist das Medienforum NRW in den letzten sieben Jahren doch sehr überschaubar gewesen. Dessen Relevanz war auch in diesem Jahr – tut mir leid, Kollege Vogt – eine Fehlannonce. Da ist im Land keine große Wirkung mehr zu spüren. Da reicht es auch nicht, zu sagen: Wir wollen es nicht so machen wie in München.

Aber bevor man dann drei Tage der inszenierten Hilflosigkeit präsentiert, sollte man vielleicht einmal dieses Event – das ist ja so ein Kongress auch immer – zusammen mit den Partnern, den Playern, die man hier am Standort NRW hat, kommunizieren: mit RTL, Bertelsmann, Vodafone, Unitymedia und der Telekom – ja, auch mit dem WDR, aber vor allem auch mit der reichhaltigen Produktionsbranche.

Dass sie alle in NRW sind, hat übrigens überhaupt nichts mit Ihrer Politik zu tun. Sie waren schon etwas länger da.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Medienpolitisch geht von NRW im Grunde auch keine Innovation aus. Sie haben kein Konzept für die Zukunft des Lokalfunks, obwohl Sie sich gerade wieder so beweihräuchert haben. Da stecken Sie ja sogar den Kopf in den Sand.

Es reicht eben nicht – der Staatssekretär ist leider nicht da –, über die Zukunft von DAB+ zu lamentieren, über DAB+ zu schimpfen, aber ansonsten überhaupt keine Vorstellung davon zu haben, wie es denn mit dem System weitergehen soll. Die Verunsicherung ist riesengroß. Man kriegt für Führungspositionen schließlich zurzeit auch gar keine Nachfolger. Die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zu diesem Thema war auch wieder der Hauch von nichts und verdeutlichte die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung.

Der Etat ist eine Fortschreibung dieser 12,7 Million €. Der Haushalt funktioniert nun auch nicht so, wie man das bei den Rundfunkbeiträgen macht, wo immer nach dem Belieben der Staatskanzleien geschröpft

werden kann. Aber es passt ja zur Haushaltspolitik in NRW, dass man sich einige Spielwiesen jetzt aus dem Beitragstopf finanzieren lässt. Das hatten wir auch schon beim letzten Mal kritisiert.

Sie haben gerade das Grimme-Institut gelobt. Aber das Haus ist hinter den sieben Bergen in Marl abgetaucht. Das gilt übrigens auch für das Forschungskolleg. Davon hört man ebenfalls schon lange nichts mehr. – Klar; es gab jetzt einen Auftakt. Aber das ist das Kennzeichen der Medienpolitik in NRW: Es gibt immer den einen oder anderen Auftakt, der sich dann als PR-Inszenierung entpuppt. Dann kommt wieder nichts, weil Sie gar kein Drehbuch und überhaupt keine Vorstellung davon haben, wie es mit der Herausforderung im digitalen Zeitalter weitergehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Lamla.

**Lukas Lamla<sup>1)</sup> (PIRATEN):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe verbliebene Zuschauer! „NRW wird 2020 wieder zum Geberland“ – so titeln seit ein paar Tagen die Medien und schreiben in diesem Zusammenhang von einer sichtlich zufriedenen Regierungsbank.

Auch der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Vogt, führt in einer Pressemitteilung zum Medienhaushalt im besten Werbedeutsch aus:

„Nordrhein-Westfalen als das Medienland schlechthin bietet eine Heimat und beste Bedingungen für Medien aller Art.“

Mensch, das Medienland schlechthin – vielen Dank, liebe SPD! Das hört sich wahrlich ganz gut nach Geberland an. Aber wenn man sich die Zahlen und Fakten genau anschaut, wird schnell klar, dass Sie hier „Geberland“ mit „Angeberland“ verwechseln. Denn so rosig, wie Sie es darstellen, sieht es im bundesweiten Vergleich nicht aus.

NRW soll die absolute Nummer eins bei den TV-Produktionen sein? Legt man die Einwohnerzahl zugrunde, ist NRW bei den TV-Produktionen höchstens Mittelmaß. Im Bereich der Kinoproduktion verschwindet NRW hinter Berlin und Bayern und wird zur schlechten Nummer drei. Es ist also nichts mit „das Medienland schlechthin“.

Jetzt nennen Sie NRW auch noch weiter: Zukunftsland Nummer eins für Games und Webvideos. Auch hier gilt bei genauerem Hinschauen: Es ist nichts dran am „schlechthin“, sondern es ist geschummelt. Herr Vogt, es ist tatsächlich geschummelt; denn be-



lastbare Zahlen gibt es gar nicht. Die Games-Branche bleibt in der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige weiterhin völlig unzureichend abgebildet. In diesem Bereich betreibt die SPD eine Pressemitteilungspolitik und schreibt weiter Sachen wie: „Wir fördern die Innovationskraft der Medienbranche in NRW.“ Hey, supii!

Ich zitiere aus dem Haushaltsantrag, den Sie vorhin auch schon erwähnt haben: „600.000 € dienen der gezielten zusätzlichen Förderung innovativer Games und 360-Grad-Projekte.“

Das wäre schon gut, wenn die Ausführung nicht so verdammt knauserig und unausgegoren daherkommen würde. An dieser Stelle erinnere ich gerne noch einmal daran, dass wir als Piraten hier einen Antrag zur Erhebung der Branchendaten der Game-Development-Branche eingebracht hatten. Dazu wurde eine Anhörung im Landtag durchgeführt, aus der sich ergab, wie wichtig ein Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse in der Branche in NRW wäre. Aber Sie haben den Antrag damals abgelehnt.

Wie sollen nun diese Mittel den Spieleentwicklerinnen und -entwicklern in NRW an der richtigen Stelle helfen, wenn wir dank Ihrer Ablehnung die richtige Stelle gar nicht kennen? Und was zum Geier sind 360-Grad-Projekte?

(Beifall von den PIRATEN)

Das weiß ich nicht. Vielleicht können Sie mir das noch mal erläutern. Ich wittere da ein paar Leuchttürme und die klassische Projektitis.

Ich würde mich wirklich freuen, wenn wir noch einmal die Möglichkeit bekämen, darüber zu reden, wie wir strukturell und finanziell nachhaltig auf Routineaufgaben aufbauend die von Projektarbeitsverhältnissen geprägte und hoch risikoreiche Games-Entwicklungsbranche in NRW nachhaltig fördern könnten. Allerdings befürchte ich, dass wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr die Möglichkeit dazu bekommen werden.

Dann gibt es noch die Webvideo-Spaces. Das hört sich ein bisschen nach den Maker- und Hackerspaces an, deren Vertreterinnen und Vertreter wir Anfang des Jahres in den Kultur- und Medienausschuss eingeladen haben. „Spaces“ hört sich voll „fancy“ an und erinnert auch an die Kintrends dieses Jahres. Schließlich hatten wir mit dem Raumschiff Enterprise und dem Todesstern auf der Kinoleinwand mit dem Weltraum zu tun. Der Weltraum ist voller Möglichkeiten und regt vor allem die Fantasie und die Ambitionen an – Ambitionen für Größeres und Idealeres, also mehr als das, was wir heute haben.

Eigentlich sind diese Spaces eine schöne Idee. Aber was ist mit den vorhandenen Maker- und Hackerspaces, die sich schon heute bereits seit Jahren zum Teil mit Webvideos und ähnlichen Medienproduktion beschäftigen? Was haben Sie konkret vor, und wie

gedenken Sie, diese Mittel auch in nichtkommerzielle und offene Strukturen einzubringen? Denn gerade dieser Experimentalraum jenseits von Marktlogik und finanziellen Zwängen ist für spätere profitable Projekte oft die beste Brutstätte. Und die brauchen wir.

Oder denken Sie bei der Webvideo-Spaces-Förderung an etwas anderes? Vielleicht denken Sie ganz gezielt an die Förderung der ganz großen Player. Denn den ersten Webvideo-Space gibt es bereits seit 2012 in Los Angeles. Er gehört zu YouTube. Er hat nicht 600.000 € gekostet, sondern 25 Millionen Dollar. YouTuber können ihn dort kostenlos nutzen – mit einem Haken: wenn sie genügend Abonnenten haben. In Berlin gibt es seit 2015, ebenfalls von YouTube, einen Webvideo-Space in Kooperation mit einer privaten Filmhochschule, der auch für YouTuber kostenlos ist – na ja; zumindest für die mit 10.000 Abonnenten.

An dieser Stelle wird klar, meine Damen und Herren: Nichts ist klar – außer, dass Sie in der Medienwelt des 21. Jahrhunderts ziemlich hilflos herumstochern. Aufgrund der herausragenden Mutlosigkeit und phänomenal fehlender Kreativität werden wir diesen Einzelplan ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Lersch-Mense.

**Franz-Josef Lersch-Mense,** Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will nicht alles wiederholen, was Kollege Vogt richtigerweise zur herausragenden Stellung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen gesagt hat.

(Beifall von der SPD)

Ich kann das alles zu 100 % unterstreichen.

(Zuruf von Thorsten Schick [CDU])

Aber wenn ich das offen sagen darf, Herr Nückel: Den nun wirklich gravierenden und schwierigen Fragen eines enormen Strukturwandels, den wir in der Medienwelt mit der rasant stattfindenden Konvergenz von linearen und nichtlinearen Angeboten und mit der dynamischen Entwicklung im Webvideo-Bereich und im Games-Bereich derzeit haben, wird Ihre Art der Auseinandersetzung in keiner Weise gerecht.

(Zuruf von der FDP)

Vor allen Dingen habe ich keinen einzigen konstruktiven Vorschlag gehört.

Das, was die Landesregierung im Bereich der Stärkung der Medienkompetenz macht, und das, was wir

im Bereich Netzkodex angestoßen haben, sind jedoch wirklich Initiativen, die dazu führen werden, dass diese Entwicklung nicht einfach unkritisch bejubelt wird, sondern die Fähigkeit zu kritischen Auseinandersetzungen in unserem Land erhalten und gestärkt wird. Das ist der richtige Weg, sich mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

Die Landesregierung ist da also auf gutem Wege. Dabei wird sie durch die Regierungsfractionen unterstützt. Dafür will ich mich ausdrücklich bedanken. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Lersch-Mense. – Damit hat Herr Lersch-Mense die Redezeit der Regierung noch einmal um 30 Sekunden überzogen, die selbstverständlich alle Fraktionen auch zur Verfügung haben.

Als nächste Rednerin spricht für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Freifrau von Boeselager.

**Ilka von Boeselager (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Lersch-Mense, wenn ich das richtig rekapituliere, ist der Haushalt insgesamt um 2,7 Milliarden € erhöht worden. Davon haben wir jetzt für internationale Zusammenarbeit und Eine-Welt-Politik 3,9 Millionen € und für Europa 540.000 € im Haushalt stehen. Von dem Mehr im Haushalt könnten wir also unseren Haushaltsansatz für Europa auf das 5.000-Fache erhöhen.

Ich bin enttäuscht darüber, dass man nicht mehr in diesen Ansatz für internationale Zusammenarbeit und die Arbeit innerhalb Europas hineingegeben hat. Sie haben selbst in Ihrer Einführungsrede zu den europäischen und internationalen Kapiteln mit offenen Karten gespielt. Als wir nämlich in Bonn unsere Sitzung hatten, haben Sie gesagt:

Wesentliche Unterschiede zum laufenden Haushalt gibt es nicht. Im Wesentlichen soll die Europaarbeit mit den Europaschulen – das begrüßen wir; daran haben wir gar keine Kritik – und den Kommunen fortgesetzt werden. Im Wesentlichen soll die Benelux-Strategie aus dem Jahr 2013 in der Folie bleiben. Im Wesentlichen wird das Regionale Weimarer Dreieck weiter eine Rolle spielen. Sie wollen sich auch ein bisschen Ghana widmen. Die GIZ-Förder- und Austauschprogramme sowie Konferenzen haben Sie erwähnt.

Alles zusammen ist aber nichts Neues im Westen; das muss ich Ihnen sagen. Man könnte wirklich mehr machen. Die Landesregierung köchelt lediglich ein bisschen im europäischen und internationalen Haushalt herum.

Zurzeit erleben wir die größte europäische Krise seit den Römischen Verträgen. Wir meinen, Nordrhein-Westfalen müsste mit seinen fast 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – wenn wir ein eigenständiges Land wären, stünden wir an fünfter Stelle innerhalb Europas – noch mehr tun, Herr Minister.

(Beifall von der CDU)

Gerade die junge Generation hat mit Themen wie „Binnenmarkt“ und „Friedenssicherung“ nicht viel zu tun. Die jungen Menschen interessieren sich für andere Themen. Schließlich sind zurzeit 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Wir erleben es: Viele Menschen strömen zu uns. Wir müssen uns der Armutsbekämpfung widmen, und wir müssen etwas an unseren Grenzen tun.

Angesichts dieser Herausforderungen sind die Nachhaltigkeitsziele aus unserer Sicht nicht so definiert, wie man sie eigentlich für die Zukunft gestalten müsste.

Auch die Ministerpräsidentin hat am 30. Juli 2016 im „SPIEGEL“ ihre Bereitschaft zur Korrektur signalisiert.

(Unruhe)

– Könnten Sie einmal ein bisschen ruhiger sein? Das wäre angenehm.

(Beifall von der CDU)

Die Ministerpräsidentin hat gesagt:

„Entscheidend ist, dass wir jetzt darangehen, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Und wir täten gut daran, Entwicklungspolitik einen anderen Stellenwert beizumessen.“

(Stefan Zimkeit [SPD]: Warum haben Sie dann gegen unsere Haushaltskonsolidierung gestimmt?)

Sie, Herr Minister Lersch-Mense, haben am 30. September 2016 im Ausschuss aufgegriffen, dass die Landesregierung die Bedeutung der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren unterschätzt hat. Das gilt auch für die dauerhafte Begrenzung von Migrationsbewegungen und die selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des globalen Südens. Sie haben zugesagt, dass Sie nun mehr tun wollen.

Das ist auch unser Wunsch, den wir heute an Sie herantragen möchten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann stimmen Sie doch unseren Anträgen zu!)

Lassen Sie uns in Zukunft mehr tun und uns in der Entwicklungspolitik, in der Eine-Welt-Politik und auch in Europa noch stärker engagieren. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch einmal Herr Kollege Vogt das Wort.

**Alexander Vogt (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt auf Ihre Einlassungen eingehen, die nichts mit dem Thema zu tun hatten, Herr Nückel. Ich könnte Ihnen ja die Frage stellen, wie Sie auf Themen wie „Reizwäsche“ kommen, wenn Sie eine Rede vorbereiten.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Aber das lassen wir einmal dahingestellt sein.

(Beifall von der SPD)

Sie hatten aber zwischendurch durchaus auch einen Anflug, inhaltlich zu werden. So haben Sie das Thema „Lokalfunk“ angesprochen. Da habe ich mich besonders geärgert. Deswegen habe ich mich auch noch einmal gemeldet. Herr Nückel, wir haben 45 Lokalsender in Nordrhein-Westfalen. Diese Medienvielfalt zu erhalten, ist ein ganz zentraler Bestandteil, den wir in den letzten fünf Jahren hier verfolgt haben, Herr Nückel.

(Thomas Nückel [FDP]: Dann tun Sie etwas!)

Dieses Thema haben wir bearbeitet wie fast kein anderes. Wir haben mit langen Diskussionen dafür gesorgt, dass bei der Frequenzvergabe der Lokalfunk dem WDR vorgezogen wird. Wir haben dafür gesorgt, dass die Werbereduzierung stattfinden konnte und der Lokalfunk gestärkt werden konnte.

(Beifall von der SPD)

Und Sie stellen sich hierhin und erzählen uns, wir hätten nichts für den Lokalfunk gemacht. Hätten Sie damals den Gesetzentwürfen zugestimmt, die wir eingebracht haben, dann hätten Sie etwas dazu sagen können. Sie haben sich aber verweigert.

(Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

Jetzt stellen Sie sich hierhin und erzählen, wir würden nichts für die Lokalradios tun. Das ist eine Unverschämtheit, Herr Nückel.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Thomas Nückel [FDP])

Ich möchte noch einen zweiten Aspekt ansprechen. Wir vergeben im Rahmen eines Änderungsantrags 700.000 € extra für Webvideo-Konzeptionen und Games. Herr Lamla, dass Sie sich hierhin stellen, das kritisieren und dem noch nicht einmal im Ausschuss zustimmen konnten, sagt einiges aus. Vielleicht ist das ein Zeichen Ihrer Frustration darüber, hier den letzten Haushalt mitberaten zu haben. Trotzdem bitte ich Sie: Stimmen Sie zumindest diesem Punkt zu. Schließlich geht das Geld an eine Klientel, die Sie sonst immer zu vertreten meinen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kann ich die Debatte zu Tagesordnungspunkt 1, Einzelplan 02, Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, schließen.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich diesem Votum anschließen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Piraten und die fraktionslosen Abgeordneten Schwerd und Schulz. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13502** damit **in zweiter Lesung angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 09  
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 16/13509

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hausmann das Wort.

**Wilhelm Hausmann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir stehen in Nordrhein-Westfalen vor einer großen Herausforderung im Wohnungsbau. Diese große Herausforderung ist hier im Haus auch schon umfangreich beschrieben worden. Das muss ich an dieser Stelle nicht wiederholen.

Es gibt umfangreiche Mittel des Bundes, die Sie, Herr Minister, weiterreichen, nachdem Sie in den Förderrichtlinien entscheidende Änderungen vorgenommen haben. Die Bundesmittel kommen also im Wohnungsmarkt an. Das müssen wir auch anerkennen. Denn das ist nicht selbstverständlich, wenn man sich den Umgang mit diesen Mitteln in anderen Bundesländern anschaut.

Aber die Frage, die wir uns hier stellen müssen, ist die: Reicht das aus? Kann man sich jetzt zurücklehnen? – Ich denke, nein. Denn es gibt weitaus mehr Instrumente, die zur Verfügung stehen, um einen bezahlbaren Wohnungsbau hier in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen.

Denn fest steht nämlich, dass trotz der immensen Fördergelder weniger Sozialwohnungen gebaut werden, als gleichzeitig aus der Bindung herausfallen.